

nachrichten

Besserstellung der Maids

Angesichts sich häufender Fälle von Übergriffen gegen ausländische *Maids* hat Singapurs Oberster Richter Yong Pung How eine bessere Behandlung der jungen Frauen angemahnt. Erst kürzlich hatte der Richter das Strafmaß für eine Frau, die ihre Haushaltshilfe mit einem Besenstil geschlagen hatte, von drei auf neun Monate Haft erhöht und darauf hingewiesen, dass der sozial niedrige Status der jungen Migrantinnen nicht gleichbedeutend damit sei, dass sie keinen rechtlichen Schutz in Singapur genießen würden.

Gleichzeitig wurde ein Ehepaar zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe und zur Zahlung von 1.500 Singapur-Dollar verurteilt, weil sie ihre indonesische *Maid* unter anderem mit dem Rohrstock geschlagen hatten. Dabei wird diese Art der Züchtigung (*caning*) noch immer als Strafe für eine Reihe von Vergehen von Singapurern Gerichten verhängt.

Derzeit sind etwa 140.000 junge Frauen — die meisten von den Philippinen und aus Indonesien kommend — in Haushalten in Singapur beschäftigt. Neben einer großen Zahl von *Expatriats* können sich aufgrund gestiegenen Wohlstands auch immer mehr Singapur-Familien die Beschäftigung einer *Maid* zur Betreuung von Kindern oder der Pflege älterer Familienangehöriger leisten. Voraussetzung hierfür ist ein Mindesteinkommen von 30.000 Singapur-Dollar im Jahr.

vgl. AFP, Singapur; 3.11.2001, 28.11.2001

Schwerste Wirtschaftskrise

Neueste Wirtschaftsdaten belegen: der Stadtstaat befindet sich derzeit in der schwersten Wirtschaftskrise seit seines Bestehens. Der Rückgang des Wirtschaftswachstums hat sich auch im vierten Quartal 2001 unvermindert fortgesetzt.

Im Vergleich zum Jahr 2000 ist das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal dieses Jahres um sieben Prozent zurückgegangen; die Produktion von Halbleitern und anderen Exportgütern ist um 16 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum gesunken. Die Einbrüche im industriellen Sektor haben längst auch auf andere Wirtschaftsbereiche durchgeschlagen: im Dienstleistungsbereich macht sich ein zurückhaltendes Konsumverhalten ebenso deutlich wie Einbrüche im Tourismusbereich.

Nach Ansicht der Regierung weist die Wirtschaft mit 2,2 Pro-

zent im abgelaufenen Jahr 2000 das größte Minuswachstum in der Geschichte Singapurs auf. Gleichzeitig ist auch die Zahl der Arbeitslosen im Stadtstaat im letzten Jahr auf einen neuen Höchststand gestiegen. Mit 4,5 Prozent liegt der Anteil der Arbeitslosen noch über dem Stand von 1998, der Hochphase der Asienkrise. Insgesamt haben rund 25.000 Menschen 2001 ihren Arbeitsplatz verloren, mehr als 15.000 befinden sich in Kurzarbeit. Nahezu zwei Drittel des Stellenabbaus entfielen auf das verarbeitende Gewerbe, das im besonderen Maße zur Exportwirtschaft des Stadtstaates beiträgt. Neue Lohnkürzungen, wie sie vom National Wages Council (NWC) Anfang Dezember verfügt wurden, sollen weitere Entlassungen verhindern helfen.

vgl. AFP, Singapur; 14.12.2001, 31.12.2001; Bloomberg, 2.1.2002

Kaum Hilfe für Menschen mit HIV/AIDS

Nach Ansicht der Hilfsorganisation Action for Aids (AFA) sind mehr als 70 Prozent der mit HIV infizierten Menschen in Singapur nicht in der Lage, sich optimal medizinisch zu versorgen. Obwohl der Stadtstaat zu einem der reichsten Länder der Welt zählt, erhalten HIV-Patienten keine staatliche Unterstützung, ihre Situation ist daher, so ein führender AFA-Mitarbeiter, mit der in vielen Ländern der Dritten Welt zu vergleichen.

Mehr als 1.500 Einwohner sind derzeit HIV-positiv, davon

15 Kinder, wie aus Zahlen des Gesundheitsministeriums hervorgeht. Bei 367 von ihnen ist die Immunschwäche AIDS mittlerweile ausgebrochen. Andere Quellen gehen jedoch von wesentlich höheren Zahlen auch für Singapur aus: Bei jährlich 200 neuen Infektionen setzt die AFA die Zahl der HIV-/AIDS-Patienten in Singapur mit etwa 5.000 an, während das AIDS-Programm der Vereinten Nationen von bis zu 12.000 Menschen ausgeht, die in Singapur mit HIV/AIDS leben.

vgl. AFP, Singapur; 26.11.2001

Kein Wohlfahrtsstaat

Trotz staatlicher Hilfen in Millionenhöhe für einkommensschwache Haushalte sieht Singapurs Ministerpräsident Goh Chok Tong den Stadtstaat nicht auf dem Weg zu einem Wohlfahrtsstaat westlicher Prägung.

Aufgrund der sich verschärfenden wirtschaftlichen Lage hat die Regierung das Haushaltsbudget der Community Development Councils (CDC) von 19 Millionen Singapur-Dollar (1997) auf 153 Singapur-Dollar im letzten Jahr erhöht, um so Haus-

halten, die aufgrund der Krise Kredite für ihre Wohnung nicht mehr bedienen konnten, zu unterstützen. Goh wies darauf hin, dass es sich hierbei nur um eine zeitlich begrenzte Maßnahme handele und die CDC keine Wohlfahrtsinstitutionen seien. Auch weiterhin sei es das Ziel der Regierung, der Bevölkerung in konkreten Notlagen zu helfen, ohne dabei die Herausbildung einer 'Wohlfahrtsmentalität' zu fördern.

vgl. AFP, Singapur; 5.1.2002

Mutmaßliche al Qaida-Anhänger verhaftet

Die Regierung hat Anfang Januar 2002 Berichte bestätigt, wonach zwischen dem 9. und 24. Dezember insgesamt 15 Personen unter dem Verdacht, Kontakte zur al Qaida Bin Ladens zu haben, verhaftet wurden. Den Verhafteten, von denen 13 einer Untergrundorganisation mit dem Namen *Jamaah Islamiyah* angehören sollen, wird unter anderem vorgeworfen, mögliche Ziele für Anschläge in Singapur — darunter westliche Botschaften und von der US-Marine genutzte militärische Hafenanlagen — ausgekundschaftet und Sprengstoff hierfür beschafft zu haben. Ein Teil der Verhafteten soll sich darüber hinaus auch in Trainingslagern der al Qaida in Afghanistan aufgehalten haben.

Die Verhaftungen erfolgten auf der Basis des *Internal Security Act* (ISA), der entsprechende Maßnahmen auch ohne formale Anklageerhebung möglich macht. Entsprechend spärlich sind auch bisher die Informationen über die Hintergründe der Verhaftungen und die verhafteten Personen.

Von besonderer — vor allem auch innenpolitischer — Brisanz ist die Tatsache, dass es sich bei einigen der Verhafteten um ehemalige Armeeangehörige handelt. Die politischen Verantwortlichen — von Ministerpräsident Goh Chock Tong über Verteidigungsminister Tony Tan bis zum Minister für muslimische Angelegenheiten, Abdullah Tarmugi — sind derzeit eifrig darum bemüht, diesen Sachverhalt nicht allzu sehr in den Mittelpunkt der Debatte treten zu lassen. Immer wieder gab und gibt es Diskussionen über Fragen der Loyalität malaischer Militärangehöriger — 21 Prozent der Bevölkerung Singapurs sind Malaien — im Falle militärischer Konflikte mit dem nördlichen Nachbarn.

vgl. AFP, Singapur, 5.1.2002; *South China Morning Post*, 7.1.2002;

Toronto Star, 15.01.2002